Volk oder Regierung? : Eine Antwort auf Antworten

Autor(en): **Fernau, Hermann**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **17 (1916-1917)**

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-749237

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

VOLK ODER REGIERUNG?

EINE ANTWORT AUF ANTWORTEN

In einem „Offenen Brief an die Machthaber der Westmächte" hatte ich ausgeführt (*Wissen und Leben,* 1. Juli 1916), dass die eigentliche Gefahr und Quintessenz des deutschen Militarismus im Artikel 11 der deutschen Reichsverfassung (souveränes Recht des deutschen Kaisers, über Krieg und Frieden zu entscheiden) gesucht werden müsse. Ich hatte hinzugefügt, dass ein Referendum über die Frage, ob dieser Verfassungsartikel in einem demokratischen Sinne abzuändern sei, von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes mit einem lauten „Ja!" beantwortet werden würde und hatte die leitenden Staatsmänner der Entente im Interesse der Abkürzung des Krieges gebeten, dem deutschen Reichskanzler und Volk ein solches Referendum vorzuschlagen.

Die in dieser Zeitschrift, in verschiedenen Zeitungen und auch in zahlreichen Privatbriefen erfolgten Antworten auf diesen Vorschlag betonen fast einstimmig, ich sei das Opfer einer schönen Illusion; es sei unrichtig, dass das deutsche Volk eine solche Reform wünsche; der Weltkrieg habe bewiesen, dass die deutsche Regierung die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich habe; es könne sich daher nicht um eine Abänderung der deutschen Verfassung handeln (sie sei nur eine Formel), sondern man müsse den ganzen „militärischen Geist" austreiben, von dem das ganze deutsche Volk offenbar vergiftet sei.

Ein Engländer, Professor Fisher, von der Universität Sheffield, fasst seine Ausführungen so zusammen: „Mais je dois avouer que pour moi je n'ai constaté encore aucun indice qui m'autorisât à penser que le peuple allemand n'est pas complètement satisfait de la forme de son gouvernement." (*Wissen und Leben,* 15. August 1916.)

Ein Franzose, Professor Aulard von der Pariser Sorbonne, ist viel kategorischer. Er fragt, was denn am 1. August 1914 passiert wäre, wenn wir eine andere Verfassung gehabt hätten. Er beantwortete diese Frage mit großer Bestimmtheit selbst: der Reichskanzler hätte dem deutschen Reichstag dieselbe Geschichte von den Nürnberger Bomben erzählt, der ganze Reichstag hätte begeistert

zugestimmt und einstimmig den Krieg gegen Frankreich gefordert: „Si donc la Constitution de 1871 avait contenu un article selon le vœu de M. Fernau, cet article n'eût empêché en rien l'horrible catastrophe. Le même mensonge aurait produit le même effet." (*Wissen und Leben,* 1. September 1916).

Weiter versichert mein Landsmann, Herr Kramer, dass während der kritischen elf Tage „die Volksstimmung ziemlich einheitlich hinter der Regierung stand" ... „Von einer nennenswerten Opposition war keine Spur". — „Was ich bestreite ist nur, dass in der Vergangenheit ein solcher Gegensatz (zwischen Kaiser und Volksmehrheit) bestanden habe und dass daher der deutsche Reichstag den Krieg nicht erklärt hätte, wenn er die verfassungsmäßige Macht dazu gehabt hätte." (*Wissen und Leben,* 15. August 1916).

Einige angesehene französische Zeitungen, wie *Journal, Excelsior, Dépêche de Toulouse* usw. widmeten meinem Vorschlag sympathische, aber in demselben Sinn motivierte, ablehnende Besprechungen; andere, weniger angesehene, behandelten mich offen als Agenten des deutschen Reichskanzlers, der jetzt, wo der Sieg des Vierverbandes sicher sei, die Aufgabe habe, „um Gnade für den Kaiser zu bitten" oder auch nur „die französische Stimmung herabzudrücken" usw. usw. Besonders angenehm und belehrend war mir ein Aufsatz in der streng neutralen *Gazette de Lausanne* (26. August), in dem man mir die schönsten Komplimente macht und dann fragt: „Oserons-nous écrire que la proposition de M. Fernau nous paraît d'une incommensurable naïveté?" Und der Artikelschreiber, dem man es ansehen kann, dass er Sonderstudien über Deutschland und die Deutschen gemacht hat, befiehlt seinen Lesern von der Höhe seiner Welterfahrung herunter: »Qu'on cesse donc de distinguer entre les maîtres et les serviteurs, entre les meneurs et les menés! Le peuple allemand ne forme plus qu'un bloc. Et il en sera ainsi jusqu'au jour où le spectre de la défaite paraîtra sur l'horizon."

Der freundliche Leser mag aus diesen wenigen Zitaten ersehen, wie sehr ich mich getäuscht habe. Der englische Professor Fisher ist der einzige, der mir sagt, er freue sich von mir zu hören, dass „les divergences seront probablement grandes entre les appréciations du peuple et celles répandues par la presse." Die übrigen, allen voran mein Landsmann Kramer und die neutrale *Gazette,*

kennen Deutschland und die Deutschen so gründlich, dass sie mir mit freundlichen Worten zu verstehen geben, ich täte besser, nicht von Dingen zu reden, von denen ich offenbar nichts verstehe.

Die *Gazette de Lausanne* erlaubt uns Deutschen nicht, andere Ansichten zu haben als unsere Regierung. Und Professor Aulard, der es wissen muss, verkündigt geradezu feierlich: „Disons-nous bien que dans l'Allemagne actuelle *tout* est impérial, oui *tout*, même cette opposition libérale (gemeint sind Liebknecht, Förster, meine Wenigkeit usw.) qu'en ce moment le kaiser nous laisse voir et entendre, afin peut-être de nous attendrir, pour que le réglement final des comptes soit moins rigoureux." (*Journal*, 21. September.)

Ja, freundlicher Leser: es gibt keinen Deutschen, der ohne die Erlaubnis seines Kaisers zu schreiben und zu sprechen wagte. Es ist einfach nicht wahr, dass es deutsche Republikaner gibt. Was so aussieht, das ist nur eine aus der Wilhelmstraße entliehene Maske, mit der, wir, um Mitleid für unseren Kaiser bittend, bei unseren Feinden hausieren gehen. Professor Aulard, der eine Autorität ist, weiß das so genau, dass ein längeres Leugnen keinen Zweck hätte. Ich gestehe, dass ich schon das letztemal, als ich mit meinem Herrn, dem deutschen Reichskanzler, darüber sprach, ihm sagte, dass bei der bekannten Feinsinnigkeit der Franzosen unsere mehr oder weniger geschickten Schachzüge nichts nützen. „Um die Franzosen zu erweichen und die Endrechnung weniger hart zu gestalten" dürften wir nicht länger mit dieser deutschen Plumpheit arbeiten; intelligente Franzosen, wie Professor Aulard, fallen auf den Schwindel längst nicht mehr hinein. Herr von Bethmann-Hollweg, der mir übrigens bis jetzt (um keinen Verdacht zu erregen) meine Agentendienste vor der deutschen Öffentlichkeit nur immer mit Schmähartikeln quittiert hat[1]) rang verzweifelnd die Hände. Schließlich bat er mich, meine Propaganda energisch fortzuführen und dabei recht auf ihn zu schimpfen, um jeden Verdacht

[1]) In der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* stand schon im Februar 1916 zu lesen, ich sei ein von der französischen Regierung bezahlter, in Paris auf freiem Fuß lebender polnischer Jude mit sehr borniertem Kopf und, norddeutsch allgemein gesagt, „ein trauriger Kerl". Der Leser wird jetzt nicht wissen, wer eigentlich recht hat: Herr Aulard, der einen deutschen Agenten aus mir macht; oder die *Norddeutsche Allgemeine*, die einen französischen Spitzel in mir entdeckt hat. Da aber Herr Aulard, wie gesagt, eine Autorität ist, so wage ich ihm nicht zu widersprechen.

von ihm abzulenken. Er hat gut reden. Solche Mittelchen werden bei einem geschichtskundigen Mann und wachsamen Patrioten wie Professor Aulard nicht verfangen.

In der stillen Hoffnung aber, dass es in Frankreich weniger gute Psychologen und Patrioten gibt als Aulard, möchte ich im Nachstehenden mit der mir nachgerühmten „inkommensurablen Naivität" einige Feststellungen machen, die geeignet sein dürften, das deutsche Problem neu zu beleuchten.

* * *

Werfen wir zunächst einen kurzen Blick auf einige der wichtigsten Vorkommnisse des deutschen Verfassungslebens:

Die sogenannten Freiheitskriege von 1813/15 waren eingeleitet worden mit dem deutlichen Versprechen einer freiheitlichen Verfassung für das preußische Volk. Dieses königliche Versprechen wurde zwar vom preußischen Minister von Hardenberg 1815 vom Wiener Kongress aus verdeutlicht, ja es wurde sogar mit dem Gesetz vom 22. Mai 1815 betreffend eine Repräsentativverfassung dem preußischen Volke formell zugesichert; aber dieses Versprechen wurde nicht nur nicht gehalten, dieses Gesetz wurde nicht nur nicht ausgeführt, sondern die dankbare Dynastie ging so weit, dass sie jeden, der den König Friedrich Wilhelm III. oder seinen Nachfolger daran erinnerte, als Hochverräter und Demagogen grausam verfolgen ließ. So wie alle Bemühungen Wilhelm von Humboldts auf dem Wiener Kongress zur Erlangung einer einheitlichen und freiheitlichen Verfassung für Deutschland am Widerstand der österreichischen Diplomatie gescheitert waren, so scheiterten auch nachher alle seine wiederholten Versuche beim König von Preußen. Schon 1819 fiel der ewige, lästige Mahner in Ungnade. Nur die unter dem Einfluss von Gœthe stehende Regierung von Sachsen-Weimar hielt damals das gegebene Versprechen einer freiheitlichen Verfassung.

Im November 1848 wurde die aus der Revolution hervorgegangene preußische Volksvertretung gewaltsam mit der Behauptung aufgelöst „sie habe ihre Befugnisse überschritten". Allen feierlichen Versprechungen zum Hohn wurde dem preußischen Volke am 31. Januar 1850 eine Verfassung *aufgezwungen,* die das direkte Gegenteil dessen ist, was die Revolution verlangt hatte, die aber Preußen bis auf den heutigen Tag regiert. Die Verfassung

Preußens beruht also nicht nur nicht auf dem Volkswillen, sondern auf einer deutlichen Vergewaltigung dieses Volkswillens.

Wenn diese Tatsachen auch nichts für das *heutige* Verhältnis des deutschen Volkes zu seiner Regierung beweisen, so darf man sie hier doch in Erinnerung rufen, denn sie sind charakteristisch für den Geist, mit dem Preußen seit seiner „Befreiung von der Fremdherrschaft" regiert wird.

Nach den Siegen von 1870/71 erhalten wir ein einiges deutsches Reich mit einer vom 16. April 1871 datierten Reichsverfassung. Ihr Hauptmerkmal ist der deutsche Reichstag, der „aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung" hervorgeht und auf den ersten Blick recht demokratisch aussieht.

Wie stellt sich dieser Reichstag zur deutschen Regierung?

Er verweigert 1878 die Annahme des Sozialistengesetzes. Er wird aufgelöst und das Sozialistengesetz bleibt volle 22 Jahre wie ein Hohn auf Deutschland lasten.

1888 wagt der Reichstag die Frage zu stellen: Kaiserliches oder Parlamentsheer? (im Grunde also die Frage nach der Abänderung des Artikels 11); statt für fünf Jahre bewilligt er die Heereskredite nur für drei; diese Aufsäßigkeit trägt ihm eine neue Auflösung ein. Will der neue Reichstag sein Leben fristen (Bismarck trug sich ernsthaft mit der Idee der Abschaffung des Wahlrechts), dann darf er diese Frage nicht mehr stellen.

1893 verweigert der Reichstag abermals die Kredite für die Rüstungen. Er wird abermals aufgelöst und darf fortan nicht nur die Kredite für die Rüstungen bewilligen, sondern auch die ganz neue Flottenpolitik Wilhelms II.

Mit knapper Not entgehen wir 1893 der sogenannten Umsturzvorlage (einer Neuauflage des Sozialistengesetzes) und 1898 der sogenannten Zuchthausvorlage (ein Versuch der Abschaffung des Koalitionsrechts), die auf den ganz besondern Wunsch Wilhelms II. eingebracht worden war. Das Parlament besitzt Rückgrat genug, sie abzulehnen.

1907 verweigert der Reichstag die Mittel zur Kolonialpolitik. Neuer Konflikt mit der Krone; neue Auflösung. Die ganz neue Flotten-, Kolonial- und Weltpolitik wird trotz der Proteste des Reichstags fortgeführt. Das deutsche Volk fühlte instinktiv, dass diese Politik uns mit der ganzen Welt in Widerspruch setzen würde.

Die regierungsfeindlichen Stimmen hatten bei den Neuwahlen 1907 zwar erheblich zugenommen, aber auf Grund schlauer Kombinationen (Blockpolitik, liberale Aera usw.) setzte die Regierung alle ihre Forderungen durch.

Was hat der Reichstag sonst noch getan? Er spricht sich mehrere Male gegen die Soldatenmisshandlungen aus; die Regierung bedauert die Soldatenmisshandlungen, schafft sie aber nicht ab, denn sie gehören zum preußischen Militärsystem. Im Mai 1912 protestiert er mit großer Stimmenmehrheit gegen den Duellzwang der Offiziere; aber trotzdem dies eine kaiserliche Kabinettsorder (1. Januar 1897) auch getan hatte, bestätigte eine neue Kabinettsorder dem Parlament zum Trotz, dass der Offizier in Deutschland eine besondere Ehre habe, die er mit der Waffe in der Hand verteidigen müsse. — Im November 1908 protestierte der Reichstag mit aller Schärfe gegen das geräuschvolle, die deutsche Außenpolitik kompromittierende Auftreten der kaiserlichen Person (Interview des *Daily Telegraph*). Aber Herr von Bülow, der es gewagt hatte, dem Herrscher die bescheidenen Volkswünsche zu überbringen, musste kurz darauf gehen, und Wilhelm II. bekräftigte in seiner Königsberger Rede (25. August 1910) aufs neue, dass „des Königs Gewalt von Gottes Gnaden allein ihm verliehen sei und nicht von Parlamenten, Volksversammlungen und Volksbeschlüssen." Deutlicher hat kaum je ein Souverän der Neuzeit das Prinzip der Mitregierung des Volkes abzulehnen gewagt.

Und schließlich protestiert der Reichstag mit noch nie dagewesener Schärfe dagegen, dass die Militärgewalt über die Zivilgewalt im Lande herrsche und ein Leutnantchen mehr Recht haben solle als eine Zivilbehörde (Zabern, 4. Dezember 1913). Mit 293 gegen 54 Stimmen erhielt Herr von Bethmann-Hollweg die mehr als deutliche Einladung, den Geschicken der deutschen Nation nicht länger vorzustehen. In jedem anderen Lande (ich glaube sogar in China) hätte dieser Protest praktische Folgen gehabt. Nur nicht in Deutschland. Der Reichskanzler bleibt nicht nur im Amt, sondern die Dynastie beglückwünscht obendrein noch, der öffentlichen deutschen Meinung zum Trotz, die Schuldigen von Zabern und dekoriert sie.

Das sind nur einige Beispiele aus dem deutschen Verfassungsleben der letzten hundert Jahre. Sie könnten verzehnfacht werden.

Aber schon diese wenigen dürften wohl den Herren Fisher und Kramer als Beweise genügen, dass im modernen Deutschland Kaiser und Volksmehrheit mehr als einmal *im schroffsten Gegensatz* zu einander standen. Es ist nicht unsere Schuld, wenn diese Dinge inzwischen in Vergessenheit geraten sind. Wer die Geschichte unseres Reichstages studiert, wird sehen, dass sie in Wahrheit eine lange, traurige Kette von unfreiwilligen Niederlagen des deutschen Volkswillens vor dem Machtwillen der Regierenden ist.

Dabei muss man noch Folgendes beachten: Unser deutscher Reichstag ist, der Zusammensetzung und Funktion nach, kein eigentliches Parlament, sondern nur die Nachäffung eines solchen. Das ursprüngliche Wahlreglement von 1869 und 1871 sieht je einen Abgeordneten für 100,000 Einwohner vor. Das heißt, der Reichstag müsste heute, wo Deutschland 66 Millionen Einwohner zählt, 660 Abgeordnete zählen; er zählt deren aber, ganz wie 1871, nur 397, weil die Wahlkreiseinteilung seit 1871 dieselbe geblieben ist. Diese verfassungswidrige Nichtregelung der Wahlkreise geht ganz auf Kosten der fortschrittlich gesinnten Großstadtbevölkerung. Berlin zum Beispiel wählt bei über 2 Millionen Einwohnern nur 6 Abgeordnete (statt etwa 20), Hamburg (Stadt und Land) mit nahezu 1 Million Einwohner nur 3 usw. usw. Auf diese Weise hat ein konservativer oder klerikaler Dörfler in Hinterpommern und Oberbayern ebenso viel Rechte wie zehn fortschrittlich gesinnte Berliner, Hamburger usw. zusammengenommen. Und daraus erklärt sich die beachtenswerte Tatsache (ohne die wir überhaupt keinen Reichstag mehr besäßen), dass unsere Regierung immer wieder auf eine konservativ-klerikale Mehrheit im Reichstag zählen kann.

Diese konservativ-klerikale Mehrheit beruht also auf einer offenbaren Fälschung des deutschen Volkswillens. Wenn sich der Reichstag trotzdem deutlich gegen die Beschränkung der Meinungsfreiheit, gegen den kaiserlichen Oberbefehl über Heer und Marine, gegen die immer zunehmenden Rüstungen, gegen Umsturz- und Zuchthausvorlage, gegen Soldatenmisshandlungen, Duellzwang, Kolonialpolitik, persönliches Regiment, Vorherrschaft der Militärgewalt usw. usw. ausgesprochen hat, so weiß ich wirklich nicht, warum die Herren Fisher und Kramer keine „Anzeichen" in der deutschen Politik finden, aus denen ersichtlich ist, dass unser Volk eben *nicht* mit der ihm von Gott gegebenen Regierungsform ein-

verstanden ist. Solche Anzeichen sind, wie schon diese wenigen Beispiele zeigen, auf jeder Seite unserer innerpolitischen Geschichte zu finden.

Nun muss man sich noch weiter klar machen, dass es in Preußen-Deutschland keine Ministerverantwortlichkeit gibt. Der deutsche Reichskanzler wird nicht gewählt, sondern gemacht; er ist kein leitender Staatsmann, sondern ein gehorchender Beamter; der Kaiser ernennt und entläßt ihn ganz nach Belieben.

Kein Mensch kann sagen, wie Deutschlands Politik ausgesehen hätte, wenn wir, wie andere zivilisierte Länder, ein vernünftig organisiertes Parlament mit verantwortlichen Ministern gehabt hätten. Dafür nur ein kleines Beispiel: 1899 und 1907 erregen die deutschen Vertreter auf den Haager Konferenzen durch ihr arrogantes, scharf ablehnendes Verhalten das laute Missfallen aller übrigen Delegierten. Diejenigen meiner Leser, die ein wenig hinter die Kulissen dieses für uns Deutsche geradezu erschütternden Dramas blicken möchten, verweise ich auf die Schilderungen des Amerikaners Andrew D. White *(Aus meinem Diplomatenleben,* Leipzig 1906 bei Voigtländer). Zum Erstaunen der ganzen Kulturwelt zeigt Deutschland auf diesen Konferenzen, dass es sich lieber eigensinnig auf seine „schimmernde Wehr" und seine „lückenlosen Rüstungen" stützt, als dass es bereit wäre, der modernen Idee der Friedenssicherung auch nur die geringste Konzession zu machen. Die Haager Konferenzen waren ein Prüfstein für unsere Ab- und Ansichten. Hier beginnt jene „Einkreisung", über die man sich heute in Deutschland beschwert, nachdem man sie 1899 und 1907 im Haag sozusagen zu einer elementaren Notwendigkeit für unsere Feinde gemacht hatte.

Wirklich, für „unsere" Ab- und Ansichten? Wer sind denn die deutschen Vertreter, die uns im Haag mit der ganzen Welt in Widerspruch brachten? Sind sie die Vertreter des deutschen Volkes? Sprechen sie in „unserem" Namen? Mit nichten. Sie sind die persönlich Beauftragten des deutschen Kaisers. Sie tragen also im Haag nicht die Meinung der deutschen Nation vor, sondern die Meinungen der deutschen Regierung. Und sie tun das so vorzüglich, dass der Graf Münster (der mehr als einmal den Zorn seiner Haager Kollegen erregte) vom Kaiser als Dank für seine Betätigung den Fürstentitel erhielt. — Was weiß man denn davon, wie das deutsche *Volk* über die im Haag zur Beratung stehende Idee dachte? Nichts, absolut

nichts. Niemand hat das deutsche Volk je danach gefragt. Es war auch gar nicht nötig, denn der Artikel 11 unserer Verfassung macht aus Deutschland in Sachen der Außenpolitik ein monarchisch-absolutistisches Staatswesen.

Und darum, gute *Gazette de Lausanne*, machen wir deutschen Demokraten mit unserer „inkommensurablen Naivetät" einen scharfen Unterschied zwischen Herren und Dienern, zwischen Führern und Geführten. Wir würden uns freuen, wenn du das auch tätest, denn das gerade ist die Rolle neutraler Gazetten in dieser schweren Zeit. Glaub mir, wir sind wirklich nicht so „boches" und „bloc" als du meinst.

* * *

Professor Aulard versichert, dass, wenn am 1. August 1914 der Reichstag das Recht besessen hätte, über Krieg und Frieden zu entscheiden, er einstimmig den Krieg beschlossen hätte. Herr Kramer versichert dasselbe. Ich bitte diese Herren und alle, die ihrer Meinung sind, sich folgendes vorzustellen:

Angenommen, Herr Viviani, der damalige französische Ministerpräsident, will durchaus einen Krieg mit Deutschland. Er hat, um mit unserer nationalen Berühmtheit Bernhardi zu reden, „die Karten so gemischt, dass ein Krieg daraus entstehen muss". Da erhält er plötzlich am 29. Juli 1914 eine Depesche von Wilhelm II, die ihm vorschlägt, den Streitfall dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten (dieselbe Depesche, die Wilhelm II vom Zaren erhielt). Diese Depesche verdirbt ihm sein Spiel. Er weiß, wenn er sie dem französischen Parlament vorlegt, dann bedeutet das die friedliche Lösung des Konfliktes, weil Frankreichs Volk im Grunde den Frieden will. Er will aber den Krieg, denn er glaubt ehrlich, er würde ein Segen für Frankreich sein. — Was wird Herr Viviani tun? Wird er jene wichtige Depesche einfach unterschlagen, nur um sein Ziel zu erreichen? Ich antworte mit großer Bestimmtheit: Nein, er wird, widerwillig, aber er wird und muss dem Lande und dem Parlament jene Depesche bekannt geben, trotzdem damit sein sehnlichst erstrebtes Ziel (der Krieg) nicht erreicht wird.

Warum kann Herr Viviani, wie das Herr v. Bethmann-Hollweg getan hat (übrigens erst vier Tage nach erfolgter Kriegserklärung) der Volksvertretung jene Depesche nicht einfach verheimlichen? Die Antwort ist einfach: Herr Viviani ist vor dem französischen

Volke verantwortlich. Er regiert nicht mit göttlichen Rechten, sondern kraft der ihm übertragenen Volksvollmachten. Wenn es herauskäme (und es kommt heraus), dass er dem Lande ein Mittel verheimlichte, das ihm den Frieden in Ehren sichern konnte, dann kann er verfassungsgemäß unter Anklage gestellt werden. — Nichts von alledem beim deutschen Reichskanzler. Er handelt im höheren Auftrag. Das von Machiavelli aufgestellte, von Hegel, Treitschke, Mommsen, Delbrück, Lamprecht, Schiemann, Harden usw. usw. modernisierte, vom Artikel 11 der deutschen Verfassung kodifizierte göttliche Staatsrecht diktiert ihm nicht nur das Recht, sondern eben die vaterländische Pflicht, dem höheren Staatsinteresse zuliebe jene Depesche zu verheimlichen. Auf Grund unserer Verfassung ist das ebensowenig ein falsum wie seinerzeit die „Verstümmelung" der Emser Depesche. Herr v. Bethmann-Hollweg weiß, dass sich nach dem glücklich erfochtenen Sieg tausend Delbrücks finden, die die Hand segnen, welche die Emser Depesche verstümmelte, um damit die herrlichen Erfolge von 1870/71 zu ermöglichen. Von einer mit göttlichen Rechten regierenden Dynastie die Einhaltung unserer kuranten Bürgermoral zu verlangen, ist absurd. Was Herr Viviani nicht darf, das ist nach der Meinung von hundert gelehrten deutschen Geheimräten und Staatsmännern ein „höheres Staatsrecht", ein „Element der göttlichen Weltordnung" und eine „Mission der Vorsehung".

„Dieselbe Lüge hätte dieselbe Wirkung erzielt" sagt Professor Aulard. Er vergisst, dass, wenn wir keinen Artikel 68 und 11 in der deutschen Reichsverfassung besäßen, wir an ihrer Stelle eben verantwortliche Minister haben müssten. Es ist klar, dass, wenn ich in meinem „Offenen Brief" den Vorschlag machte, den Artikel 11 abzuschaffen, diese Forderung natürlich auch die Forderung nach verantwortlichen Ministern enthält. Aber ich halte meine Leser und am allerwenigsten Herrn Aulard nicht für Dummköpfe; ich glaubte darum der Kürze wegen nicht besonders erwähnen zu müssen, was sich hier von selbst versteht. Es gefällt Herrn Aulard und Herrn Kramer, diese zu Ehren ihrer Intelligenz gemachte Auslassung zu übersehen, das heißt zu glauben, ich fordere einfach die Abschaffung des Artikels 11 und sonst nichts. Und deshalb wird ihnen die Behauptung leicht, der Reichstag hätte am 4. August, wenn er die Macht besessen hätte, über Krieg und Frieden zu entscheiden, stürmisch den Krieg gefordert.

Das hätte er eben nicht getan! Und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil, wenn wir keinen Artikel 11 besäßen, wir notwendigerweise verantwortliche Minister haben müssten. Minister aber, die vor ihren Parlamenten verantwortlich sind, sind die Jünger Rousseaus, das heißt die Diener und Ausführer des Volkwillens; Minister dagegen, die nur die Beamten einer von Gott gesetzten Dynastie sind, sind die Jünger Machiavellis, Hegels und Treitschkes, das heißt die Diener und Ausführer der Pläne der göttlichen Vorsehung.

Was hätte sich in Wirklichkeit abgespielt, wenn die deutsche Verfassung so ausgesehen hätte, wie ich sie vorschlage? Ehe wir diese Frage beantworten, müssen wir einen Augenblick die Vorfrage stellen: Wie sieht eigentlich der deutsche Volkswille aus? Ich bitte den Leser, die Wahlergebnisse vom Januar 1912 herzunehmen, aus denen unser heutiger Reichstag hervorgegangen ist (wohlgemerkt, die parteigemäße Verteilung der Stimmen, *nicht* die Zahl der erlangten Sitze): Von insgesamt 12 Millionen abgegebenen Stimmen stehen rund 8 Millionen in klarster Opposition zur pangermanistischen Idee (Sozialdemokraten, Freisinnige, Liberale, Elsaß-Lothringer, Polen, Dänen, Welfen, ungerechnet die demokratischen Elemente des Zentrums). Diese 8 Millionen mehr oder weniger demokratisch orientierten deutschen Wähler müssten in einem richtig organisierten Parlament durch etwa 440 Abgeordnete vertreten sein; die wirklichen Pangermanisten (Konservative, Reichspartei, Nationalliberale, Antisemiten, ein großer Teil des Zentrums), auf die bei den Wahlen von 1912 rund 4 Millionen Stimmen entfielen, würden in einem solchen Reichstag etwa 220 Sitze innehaben.

So also, liebe *Gazette de Lausanne*, sieht der deutsche Volkswille aus! So sehr ich bedaure, den Engländern, Franzosen, gewissen Neutralen und . . . oppositionellen deutschen Landsleuten widersprechen zu müssen, so stolz bin ich auf die Feststellung, die ich hier im Namen meines Volkes mache: Die *Mehrheit* des deutschen Volkes *ist liberal und demokratisch* gesinnt; nur ein Drittel der deutschen Wählerschaft hat offenbar pangermanistische Ideen!

Nun bricht der österreichisch-serbische Konflikt aus. Man ruft verfassungsgemäß dieses Parlament zusammen und legt ihm nicht nur das österreichische Ultimatum an Serbien vor, sondern eben

auch den Greyschen Vorschlag einer Viermächtekonferenz (No. 67 und 84 des englischen Blaubuchs), die Depesche des Zaren an Wilhelm II., worin die Schlichtung des Konflikts durch das Haager Schiedsgericht vorgeschlagen wird, und schließlich noch die weiteren Vermittlungsvorschläge Greys und Sazonows (Blaubuch No. 101 und 103, Orangebuch No. 60 und 67). Nochmals wiederholt: Vor dem Volk verantwortliche Minister *müssen* der Volksvertretung solche Vorschläge vorlegen. Statt also den gegenwärtigen (verfassungswidrig organisierten) Reichstag vier Tage nach erfolgter Kriegserklärung mit Verheimlichung der wichtigsten Vermittlungsvorschläge, mit Kosakeneinfällen und Fliegerbomben für einen Verteidigungskrieg zu begeistern, der in Wahrheit der deutlichste Angriffskrieg ist, den wir seit hundert Jahren in der europäischen Geschichte kennen, hätte dieses vernünftig organisierte, mit allen Vollmachten ausgestattete Parlament der Verfassung gemäß über Krieg und Frieden beraten müssen. Man stelle sich das vor und antworte mir, Hand aufs Herz: Wäre im Angesicht dieser Sachlage und Vorschläge die deutsche Regierung wohl von einem solchen Parlament ermächtigt worden, am 31. Juli 1914 jenes 12-stündige Ultimatum an Russland zu stellen, welches den Krieg unvermeidlich machte?

Ich antworte mit aller Bestimmtheit und erwarte von allen, die noch Sinn für Logik und Wahrheit haben, dieselbe Antwort: Nein! Acht von insgesamt zwölf Millionen deutschen Wählern sind nun einmal *keine* Pangermanisten.

Diese Tatsache steht unweigerlich fest und ist zahlenmäßig beweisbar. Nicht minder fest steht die Tatsache, dass in einem von verantwortlichen Ministern regierten Lande weder friedensvermittelnde Dokumente unterschlagen noch Fliegerbomben auf Nürnberg geworfen werden können. Es ist etwas naiv von den Herren Aulard und Kramer, wenn sie sagen, dass „dieselbe Lüge dieselbe Wirkung hervorgebracht hätte“ und dass es „in den kritischen elf Tagen keine nennenswerte Opposition in Deutschland gab“. Nachdem unsere Regierung am 30. Juli den Belagerungszustand über Deutschland verhängte, den Depeschenverkehr mit dem Ausland sperrte, in allen deutschen Zeitungen „amtlich“ verkünden ließ, Russen und Franzosen hätten die Grenze überschritten, feindliche Flieger seien über Belgien, die Rheinprovinz und Süddeutsch-

land geflogen und hätten Bomben geworfen, nachdem außerdem schon am 29. Juli die von der Sozialdemokratie angesagten Riesenprotestversammlungen gegen den Krieg der Einfachheit halber schroff verboten worden waren (während man zugleich alle Kundgebungen für den Krieg gern gestattete und „Unter den Linden" die „Wacht am Rhein" nach Herzenslust johlen durfte), nachdem man die gesamte deutsche Presse unter die Oberaufsicht von Generälen gestellt hatte, war es eine Kleinigkeit, jede Opposition im Lande zum Schweigen zu bringen.

Es war also zwecklos von Herrn Kramer, nach einer Opposition zu suchen, *nachdem* der Belagerungszustand über Deutschland verhängt war. Wir wären ja nicht wert, ein Volk zu sein, wenn wir nicht den heiligen Willen besäßen, mit Gut und Blut für den Herd unserer Väter und unsere nationale Unabhängigkeit einzutreten. Die Frage ist nur: Warum und mit welchen Begründungen wurde der Belagerungszustand über Deutschland verhängt, der diese Atmosphäre schaffte? Diese von Herrn Kramer nicht gestellte Frage kann allein beantwortet werden, mit dem Artikel 68 der deutschen Reichsverfassung: „Der Kaiser kann, wenn die öffentliche Sicherheit in dem Bundesgebiet bedroht ist, einen jeden Teil desselben in Kriegszustand erklären", und mit dem Artikel 11: „Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen..." Wenn an Stelle des Wortes „Kaiser" hier das Wort „Reichstag" oder aber die Ergänzung stünde „mit Genehmigung des Reichstags", dann wären alle diese Dinge eben nicht möglich gewesen, und Herr Kramer hätte dann jene ungeheure Opposition zu sehen bekommen, die der Einfachheit halber mit Verheimlichung aller wichtigen Dokumente, mit buchstäblich aus der Luft gegriffenen feindlichen Überfällen, Absperrung unseres Auslandsverkehrs, Versammlungsverboten und Bemaulkorbung der Presse, einfach mundtot gemacht wurde und... bis auf den heutigen Tag mundtot geblieben ist.

Wir Deutsche besitzen eben wie jedes andere Volk einen Militarismus, den wir nur als Landesverteidigung begreifen. Aber wir unterscheiden uns von anderen Völkern dadurch, dass wir außerdem einen Militarismus besitzen, der, auf göttliche Vollmachten gestützt, mit unseren heiligen Vaterlandsgefühlen frivol spielt; einen Militarismus, der, von tausend Machtmitteln umgeben, von heut

auf morgen eine so offensichtliche Kriegsgefahr schaffen kann, dass Herr von Bethmann-Hollweg dem deutschen Volke schon am 1. August 1914 von seinem Balkonfenster herunter zurufen konnte, „dass wir ins Feld ziehen mit gutem Gewissen und dem Bewusstsein, dass wir den Krieg nicht gewollt haben." Und vier Tage später sagte er, nicht minder überzeugt im Reichstag: „Meine Herren! Wir sind jetzt in der Notwehr! Und Not kennt kein Gebot!" Wie hätten wir ihm nicht glauben sollen?

* * *

Zu dem Jammer, der uns Deutsche unserer Regierung gegenüber bedrückt, gesellt sich seit Kriegsbeginn ein anderer. Er hat sich aus der Legende gebildet, wir seien ein knechtisches, politisch unmündiges Volk, das keinen Sinn für die Freiheit habe. Dass angesehene Franzosen wie Barrès, Richepin, Hanotaux, Clémenceau usw. usw. uns gewissermaßen überhaupt als Auswurf der Menschheit behandeln und ein Mann wie Boutroux es fertig bringt, schon aus Goethes *Hermann und Dorothea* pangermanistische Ideen herauszurechnen, können wir bedauern, aber nicht ändern. Die Weltgeschichte wird über diese Entgleisungen hinweggehen. Was uns wirklich bedrückt, das ist die in Frankreich halb offiziell zum Ausdruck kommende Idee, wir Deutschen seien durch die Bank ein barbarisches, pedantisches Volk; jeder von uns, der offen oder heimlich Opposition gegen die deutsche Regierung mache, sei ein verschämter Pangermanist, ein Agent und Spion oder doch erst ein Demokrat der letzten Minute, der von dem Weltmachtwahn erst geheilt worden sei, nachdem er einsehen lernte, dass der deutsche Kriegsplan missglückt sei.

In England ist man etwas liberaler. Sir Edw. Grey sagte in seiner Rede vom 6. Juli 1916 an eine amerikanische Abordnung: „Wir hassen nicht das deutsche Volk. Wir haben keinen Wunsch, die deutsche Einheit anzugreifen oder dem deutschen Volke dauernd Unrecht zuzufügen. Wir haben nur mit seiner Regierung zu tun." — Das sagte Grey zu den *Neutralen.*

Im Interesse eines wirklich dauernden Friedens (der doch nur dauernd sein kann, wenn er die Möglichkeit einer späteren Völkerverbrüderung läßt), im Interesse auch einer schnelleren Beendigung dieses greuelvollen Krieges (die nur herbeigeführt werden kann, wenn alle Welt sich klar ausdrückt und die Gegenseite zu eben

solcher Klarheit zwingt) wünschen wir dringend, dass die englischen und französischen Staatsmänner auch zu *ihren Völkern* und . . . zu *uns* so sprechen. Ein auch nur flüchtiges Studium unserer innerdeutschen Politik und Verfassungskämpfe wird ihnen beweisen, dass seit hundert Jahren die Mehrheit des preußisch-deutschen Volkes eigentlich immer gegen seine Regierung stand. Wenn seit dem 1. August 1914 die Schreier in Deutschland die Oberhand haben, wenn die Scheidemann und Genossen heut offen das Vermächtnis ihrer großen Vorfahren Marx und Bebel bespucken, wenn in Deutschland täglich die ungeheuersten Annexionspläne auftauchen und ganz Deutschland sozusagen von einem unseligen Wahn berauscht zu sein scheint, dann ist die Erklärung dafür leicht: Das wahre Deutschland (ich meine jene 8 Millionen nicht pangermanistischer deutscher Wähler, ich meine das ganze, große deutsche Volk *selbst,* das nur immer schweigt und arbeitet und seit vierzig Jahren den Dingen in stiller Verzweiflung und Ohnmacht zusieht) ist *überhaupt noch nicht zu Wort gekommen.* Nicht im Frieden und erst recht nicht im Krieg. Wenn „Geschicht"-schreiber wie Aulard und „neutrale" Gazetten sich nicht die Mühe geben, die Dinge zu sehen wie sie sind, so tut uns das leid. Es macht ihnen nun einmal Vergnügen, aus unserem Volke einen „bloc" von „boches" zu machen und alles (aber auch alles) „impérial" in Deutschland zu finden. Warum es ihnen Vergnügen macht, weiß ich nicht. Aber ich glaube, dass wenn morgen ganz Deutschland aufstehen und sich gegen seine Regierung erklären würde, diese Leute und Zeitungen finden würden, das alles sei nicht echt, es handle sich hier nur um einen von der Wilhelmstraße organisierten Trick, der den Zweck habe, den Vierverband der Früchte seines Sieges zu berauben usw. usw.

Aber die Staatsmänner der Westmächte? Sie sollen und müssen wissen, was Deutschland ist, wie Deutschlands Volk in Wahrheit zu seiner Regierung steht und . . . gegen wen sie eigentlich Krieg führen. Und auch das müssen sie wissen, dass man dem Deutschen immer wieder versichert, er kämpfe einen heiligen Verteidigungskrieg gegen einen ruchlosen Überfall, das „Länderverteilungssyndikat" wolle Deutschland zerstückeln, es gehe auf Tod und Leben der deutschen Nation. Da nun die von diesen Staatsmännern gehaltenen Reden von jedem deutschen Blatt voll wiedergegeben

werden, so könnten sie auf diesem Wege zum deutschen Volke reden und ihm das *wahre* Kriegsziel der Westmächte vor Augen führen.

Im Jahre 1870 erklärte Wilhelm I. auf Befragen: Ich führe Krieg gegen Napoleon III. und nicht gegen das französische Volk. Er nahm mit Recht an, dass das französische Volk das Opfer der Kriegspolitik Napoleons war.

Warum sprecht ihr, die Staatsmänner des Vierverbandes, nicht wie Wilhelm I.? Also sprecht endlich, wir bitten euch drum: Gegen wen führt ihr Krieg? Wen wollt ihr „vernichten"? Aber gebraucht keine Kollektivbegriffe und Fremdworte mehr. Der deutsche Arbeiter und Bauer (und um ihn handelt es sich hier) weiß nicht, was Pangermanismus, Imperialismus, Prestige, Hegemonie usw. usw. ist. Und selbst für die Gebildeten haben diese Worte den Nachteil, dass man sich alles und nichts dabei denken kann.

Volk oder Regierung? Das ist hier die Frage. Und je nachdem ihr sie beantworten werdet, wird Europa und das deutsche Volk wissen, was euer wahres Kriegsziel ist. Kämpft ihr gegen die deutsche Regierung? Dann habt ihr, wie euch die deutsche Innengeschichte seit hundert Jahren beweist, die Mehrheit des deutschen Volkes hinter euch: heut mehr denn je! Kämpft ihr gegen das deutsche Volk, gegen seine Unabhängigkeit, seine Einheit und Existenz? Wehe euch, dann werdet ihr (wenn ihr heut Sieger bleibt) nur neue Kriege vorbereitet haben!

Sprecht!

HERMANN FERNAU

□□□

SEHNSUCHT

Von F. THEODOR MEIER

Wir sind durch den Sturm gegangen,
Weit über Land.
Haben an Fernen gehangen,
Fernem, singendem Brand.

Wussten nicht, was uns rief
Hinter dem Nebeltag.
Wussten bloß wie so tief
Vor uns die Ferne lag —